

können, welches Verbrechen er begangen hatte und warum ihm das Recht auf angemessene Behandlung versagt wurde. Hätte die mächtige Armee mit ihrem Zugriff nicht ein oder zwei Tage warten können, bis sich sein Zustand gebessert hatte?

Dieser Mann war nur einer von vielen, denen während ihrer Behandlung im Krankenhaus die Verhaftung drohte. In einer solchen Situation gibt es zwei Opfer: den Patienten selbstverständlich, aber auch die Ärzteschaft. Ich hatte das Gefühl, als zwingt die Armee mich, gegen mein ärztliches Ethos zu verstoßen. Sie versagte nicht nur meinem Patienten das Recht auf medizinische Behandlung, sie versagte auch mir das Recht, ihn angemessen zu behandeln.

Ironischerweise muß die verarmte Bevölkerung im Gazastreifen an die israelische Regierung Steuern zahlen und so die Fortdauer des Besatzungsregimes mitfinanzieren. Diese Leute tragen mit ihren Steuern dazu bei, den Sold der Soldaten zu zahlen, die auf sie schießen und sie schlagen. Sie kommen mit ihren Abgaben auch mit für die Gefängnisse auf, die ihnen ihre Freiheit rauben – kurzum, für den ganzen Militärapparat, der sie unterdrückt und zermalm.

So verwundert es kaum, daß die Intifada auch nach einem Jahr unvermindert weitergeht, obwohl fast 400 Palästinenser getötet und Tausende verwundet worden sind.

Überall erklärten mir die Palästinenser: „Wir können unmöglich aufhören. Wir müssen einfach weitermachen, bis wir unsere Rechte zurückgewonnen haben.“ Manche luden mich in ihre Häuser ein, wo sie mir Dinge zeigten, die sie in ihren Nationalfarben hergestellt hatten: gestrickte Wollpullover, Stickereien, jeder Gebrauchsgegenstand wurde zum Ventil ihrer Sehnsucht nach Freiheit.

Eines Tages operierte ich ein hübsches junges Mädchen, das eine Schußverletzung erlitten hatte. Ich sprach laut vor mich hin: „Das hinterläßt eine so häßliche Narbe, ich hoffe, ihr künftiger Mann wird sie trotzdem lieben.“

Der palästinensische Pfleger, der mir bei der Operation assistierte, blickte mich völlig überrascht an: „Warum sagen Sie das? Ihr Mann wird sehr stolz auf sie sein, weil sie für Palästina verwundet wurde!“

Ein 13jähriger Junge kam aus dem Gefängnis, Soldaten hatten ihm das Handgelenk gebrochen. Wir richteten seine Knochen ein und legten ihm einen Gipsverband an. Als er so weit war, daß er das Krankenhaus verlassen konnte, erfuhr ich, daß die Armee bei ihm zu Hause gewesen war und seinen Vater bedroht hatte: Sie würde den alten Mann festnehmen, wenn sein Sohn sich nicht stellte.

Mein Patient ging tapfer nach Hause, seiner erneuten Verhaftung entgegen. Wenn ich den Mut der Palästinenser betrachtete, weiß ich, daß das Besatzungsregime bald enden muß.

USA

Kleine Kartoffeln

Der Prozeß gegen Oliver North, vom Angeklagten als heroische Schlacht gedacht, begann als banales Schauspiel.

Stunden nachdem er ihn gefeuert hatte, auf dem Tiefpunkt seiner Präsidentschaft, an dem weder Freund noch Feind wußten, wie der soeben aufgeflogene Iran-Contra-Skandal enden würde, machte Ronald Reagan sich und dem geschäftigen Oberstleutnant Oliver North Mut mit der Aussicht auf Gerechtigkeit durch eine höhere Instanz: „Eines Tages“, so der Unverbesserliche, „wird ein großer Film daraus.“



Angeklagter North*: „Ein Bataillon in die Schlacht führen“

Wohl nicht mehr. Denn was auf der Leinwand den dramatischen Höhepunkt abgeben müßte, der Held vor den Schranken der irdischen Gerechtigkeit, begann in der Wirklichkeit am Dienstag vergangener Woche als eine deprimierende Posse.

Der Abstieg vom Epos in die Banalität des realen Lebens ist verfahrensbedingt. Im Washingtoner Prozeß gegen Oliver L. North, Aktenzeichen 88-0080-02, müssen zunächst einmal zwölf Geschworene und weitere sechs als Ersatzeleute gesucht werden. Deren hervorragende Eigenschaft sollte – zwecks Unbefangenheit – eine möglichst vollständige Amnesie sein. Ollie North? Nie gesehen, nie gehört.

Das gibt's tatsächlich. Er schaue sich, bekannte ein junger Mechaniker, im Fernsehen grundsätzlich nur „Mord und Sport“ an. Gericht und Verteidigung

* Am Dienstag voriger Woche beim Verlassen des Gerichts in Washington.

zeigten sich gleichermaßen erleichtert – so einer ist tauglich. Wenn es nur mehr davon gäbe.

Denn andere potentielle Mitglieder der Jury sind auf der Suche nach den täglichen Seifenopern im Sommer 1987 unfreiwillig in die Fernsehübertragungen der North-Anhörung vor dem Kongreß geraten und noch heute leicht verstimmt darüber, statt gewohnter Kost „etwas übers Ausland oder so“ vorgefunden zu haben. Brauchbare Geschworene trotzdem, entschied Richter Gerhard Gesell.

Er wisse selbst nicht, wieviel ein Geschworener über North wissen dürfe, um ein möglichst unvoreingenommenes Verfahren zu garantieren. Es komme, so der Richter, „darauf an, die kleinen Kartoffeln von den großen und den mittleren Kartoffeln zu trennen“.

Doch auch jenseits dieser peinlichen Suche nach demonstrierbarer Arglosigkeit dürfte der Prozeß kaum noch als juristischer Abschluß einer Affäre taugen, deren Gegenstand – der heimliche Verkauf von Waffen an den Iran und die Nutzung der Verkaufserlöse für die nicaraguanischen Contras – seine politische Brisanz längst eingebüßt hat.

Der Golfkrieg, Auslöser der Waffenlieferung, ist zu Ende, der Contra-Krieg ebenso. Dessen Protagonisten, einst „das moralische Äquivalent der amerikanischen Gründerväter“ (Reagan), bleiben bis auf weiteres im Exil von Miami. Nächstes Jahr in Managua? Auf Miamis Friedhöfen gibt es viele Grabmäler ehrgeiziger mittelamerikanischer Politiker, die sich im Traum nicht vorstellen konnten, ihr Leben hier zu beenden.

Die Ideale von einst gelten auch nicht mehr. Reagans Nachfolger hat dem Kongreß längst zugesichert, er wolle den Contra-Krieg nicht wieder beleben. Und

die tödliche Gefahr des Kommunismus, Ursprung aller North-Aktionen, hat als Schreckgespenst empfindlich an Wirkung verloren, seit sich junge Banker und Broker im vergangenen Dezember zu beiden Seiten der Wall Street aufstellten und sich heiser brüllten an dem Ruf: „Gorby, Gorby“.

Zeitzeichen: Im jüngsten Heft des Magazins „Esquire“ ist ein Porträt über die Sinnkrise im Leben des Schauspielers Sylvester Stallone zu lesen. Der Mann malt heute. Mit dem Abzug der Sowjets aus Afghanistan hat Rambo seine Berechtigung verloren.

Gegen einen ähnlichen Abfall in die Bedeutungslosigkeit hat sich North, so gut es ging, gewehrt. Auf Anraten seines Rechtsanwalts Brendan Sullivan hetzte er seit seinem Ausscheiden aus dem Marineinfanterie-Korps im gemieteten Lear-Jet mit sieben Helfern durchs ganze Land – ein Handlungsreisender in eigener Sache.

Für bis zu 25 000 Dollar pro Auftritt, Sullivan arbeitet schließlich nicht umsonst, predigte North hauptsächlich Bekehrten: konservativen Politikern und Firmen, frommen Christen, Polizei- und Veteranenverbänden. Seine Botschaft wandelte sich nicht: „Wir sind zutiefst bedroht durch eine fremde und gottlose Philosophie namens Kommunismus.“

Daß die Diskrepanz zur politischen Wirklichkeit immer größer wurde, lag an anderen, nicht an Oliver North. Für ihn ist Jassir Arafat noch immer „einer der brutalsten Terroristen der Welt“ – egal, wie sein einstiger Oberbefehlshaber Ronald Reagan darüber heute denken mag.

Den Prozeß gegen sich hält er für eine „kolossale Verschwendung“ von Zeit und Steuergeldern. Durch ständige Erhöhung des politischen Drucks auf das Weiße Haus hat sein Rechtsanwalt längst erreicht, daß der am schwersten wiegende Anklagepunkt, „Verschwörung zum Nachteil der Regierung der Vereinigten Staaten“, fallengelassen wurde. Was sonst gegen ihn verhandelt wird, Vorteilsnahme etwa oder Belügen des Kongresses, ist ihm eine Bedrohung, auf die sich der Stoiker durch die Lektüre von Kafkas „Prozeß“ vorbereitet hat.

Am liebsten, vertraute er „Life“ an, würde er „ein Bataillon in eine Schlacht führen, irgendwo an den Grenzen des Imperiums“. Dafür allerdings besteht derzeit kein Bedarf.

USA/WAFFEN

Langes Gedächtnis

Mehr Waffen, mehr Massaker – eine mächtige Lobby kämpft gegen ein Verbot paramilitärischer Maschinenpistolen und Sturmgewehre.

Es gibt immer ein paar Leute, die Werbung allzu wörtlich nehmen.

Anzeigen im amerikanischen Waffenmagazin „Gun World“ preisen die Uzi – eine israelische Maschinenpistole, die in einer halbautomatischen Version in den USA frei verkäuflich ist – mit den Worten an: „Eine perfekte Wahl für den Sportsmann, der auf absolute Verlässlichkeit und höchste Leistung bedacht ist.“ Im Juli 1984 erschöß „Sportsmann“ James Huberty in einem McDonald's-Restaurant im kalifornischen San Ysidro 21 Menschen mit seiner Uzi.

In „Soldier of Fortune“, Hauspostille für alle Möchtegern-Rambos, gibt ein findiger Bastler den Besitzern einer halbautomatischen Ruger Mini-14 eine Heimwerkerempfehlung: „Wandeln Sie Ihre Mini in eine schallgedämpfte, vollautomatische Waffe um, wie sie auch Einsatzgruppen benutzen. Sie erzielen feldsäubernde Durchschlagskraft.“

Wohl wahr. Im April 1987 zog der 59jährige William Bryan Cruse mit seiner Mini-14 zum Kampf in ein Shopping Center in Palm Bay, Florida. Sechs Tote, zehn Verletzte blieben auf der Strecke.

Werbung ganz eigener Art erfuhr im vergangenen Monat auch das klassisch-

* Nach dem Feuerüberfall am 17. Januar.

ste Sturmgewehr der Welt, die Kalaschnikow. Mit einer solchen Waffe in einer halbautomatischen chinesischen Version stürmte der 26jährige Patrick Purdy den Schulhof einer Grundschule in Stockton, Bundesstaat Kalifornien, erschöß 5 Kinder und verletzte weitere 30 Personen.

Das Massaker hatte unerwartete Folgen: Überall in den USA setzte ein Run auf Sturmgewehre ein. Die Käufer fürchteten, der Kongreß könne die Bluttat von Stockton zum Anlaß nehmen, paramilitärische halbautomatische Schnellfeuerwaffen zu verbieten.

Die Torschlußpanik schien begründet. Kaliforniens Gouverneur George Deukmejian, bislang ein eifriger Streiter wider alle Versuche, privaten Waffenbesitz einzuschränken, kündigte zwei Tage nach den Stockton-Morden an, er werde sich für eine 15tägige Wartezeit zwischen Kauf und Auslieferung von Waffen einsetzen. Die Frist müsse für eine polizeiliche Überprüfung des Erwerbers genutzt werden.

In Washington legte der liberale Senator Howard Metzenbaum einen Gesetzentwurf vor, der Herstellung, Import und Verkauf halbautomatischer Gewehre und Pistolen landesweit verbieten soll.

In Bundesstaatsparlamenten zwischen Kalifornien am Pazifik und Maryland am Atlantik brachten Parlamentarier alle möglichen Anträge ein, um die private Hochrüstung einzudämmen. Stadtrat Nate Holden, der sich um das Amt des Bürgermeisters von Los Angeles bewirbt, plünderte gar seinen Wahlkampffonds, um Sturmgewehre „vom Markt zu kaufen“.

Dennoch dürfte die Furcht, fortan auf die beliebten Schnellfeuerwaffen ver-



Erste Hilfe für verletztes Kind in Stockton*: Run auf Sturmgewehre